

Na bitte! Um 0,5 Prozentpunkte hat die Europäische Zentralbank (EZB) vergangene Woche ihre Zinsen erhöht. Erwartet worden waren lediglich 0,25 Punkte. Damit hat sie die Zinswende vollzogen, sogar überraschend stark. Sie hat damit signalisiert, dass sie die Inflation bekämpft und gefährlichen Zweit-rundeneffekten, wie zum Beispiel einer Preis-Lohn-Spirale (Preise steigen, Löhne steigen, Kosten der Unternehmen steigen, Preise steigen...), entgegenwirken will. Sehr gut!
Der Preis für diesen überraschend starken, aber richtigen Zinsschritt bezahlt sie allerdings mit einem Verlust an Glaubwürdigkeit. Wiederholt hatte sie vor dem Zinsentscheid signalisiert, dass sie die Zinsen um 0,25 Punkte anheben will. Christine Lagarde, die

Hier sehr gut, da ungenügend

Die jüngsten Beschlüsse der EZB sind mit gemischten Gefühlen zu sehen.



Präsidentin der EZB, tat das noch explizit Ende Juni. Das ist wahrlich keine gute Kommunikation. Aber die EZB hat auf dieses Dilemma (Ankündigungen können nicht eingehalten werden) reagiert. Sie will sich nicht mehr explizit zu zukünftigen geldpolitischen Maßnahmen äußern. Im Fachjargon: Sie will das Instrument der „Forward Guidance“ beenden. Sie kann dann flexibler auf Entwicklungen reagieren, ohne ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen. Sehr gut! Eine weitere EZB-Entscheidung ist jedoch hochgradig heikel: die Einführung des „Transmission Protection Instrument“ (TPI). Dieses Instrument erlaubt der EZB, Staatsanleihen nur eines bestimmten Landes zu kaufen und damit explizit die Zinsen auf diese Staatsanleihen zu senken, wenn sie

der Meinung ist, dass diese Zinsen ungerechtfertigt hoch sind. Ungerechtfertigt heißt: wenn – aus Sicht der EZB – die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in diesem Land eigentlich niedrigere Zinsen rechtfertigen. Aber diese Entscheidung kann nicht objektiv getroffen werden, auch von der EZB nicht. So bewerten und maßregeln oder unterstützen dann die 25 Mitglieder des EZB-Rats, die keiner direkten demokratischen Kontrolle unterliegen, die Politik gewählter nationaler Regierungen – hochproblematisch!

.....
Unsere Autorin ist Professorin für monetäre Makroökonomik an der Universität Düsseldorf. Sie wechselt sich hier mit dem Wettbewerbsökonom Justus Haucap und dem Vermögensexperten Karsten Tripp ab.